

Bezugspreis:

Preis: 30.- M., monatlich 10.- M., frei ins Haus, wozu zahlbar. Post- bezug monatlich 10.- M., zzgl. Post- bezugsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal, halbjährlich 21.50 M. Post- bezug nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, -runderung, Schweden und die Schweiz. - Eintrag in die Post-Verzeichnis-Liste.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag- beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen- täglich zweimal, Sonntags und Mont- tags einmal.

Telegraphische-Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Kopierleistung beträgt: - M., Tagesausgabe 50%, - M., kleine Anzeigen, die in den abgedruckten Worten, jedes weitere Wort 60 Pf., Stellensuche und Stellenanzeigen das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf., Wochenausgabe 50%, Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2.- M., politische und gesellschaftliche Vereine - Anzeigen 2.- M., die keine ohne Aufschlag Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 1, Linden- straße 3, abgegeben werden. Bestell- rungen 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 30. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 11752-54.

Zwei Abstimmungen in Oberschlesien.

Von der Botschafterkonferenz ist der deutschen Regierung folgende vom 27. Dezember datierte Note über die Abstimmung in Oberschlesien überreicht worden:

Die Botschafterkonferenz ist davon verständigt worden, daß die deutsche Regierung abseht, das von den Verbündeten Regierungen angeregte Verlangen bei der Volksabstimmung in Oberschlesien anzunehmen. Die verbündeten Mächte hätten mit ihrem Vorschlag kein anderes Ziel im Auge, als eine Lage zu schaffen, die es gestattet, die Volksbefragung in Ruhe und Ordnung vor sich gehen zu lassen. Um ein so überaus wichtiges Ziel zu erreichen, schien es den Verbündeten, das Einverständnis der unmittelbar beteiligten Regierungen vorausgesetzt, möglich, den Artikel 88 des Friedensvertrages in dem Sinne aufzulösen, von dem die Note vom 30. November sich hatte leiten lassen.

Da diese Lösung von den beteiligten Regierungen nicht angenommen worden ist, sehen sich die verbündeten Mächte genötigt, den Artikel 88 schließlich zur Anwendung zu bringen. In dem Bestreben jedoch, bei der Volksabstimmung die Ordnung aufrechtzuerhalten zu sehen, für die sie verantwortlich sind, haben sie die Pflicht, die Interalliierte Kommission in Oberschlesien zu ermächtigen, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die geeignet erscheinen, die öffentliche Ruhe am wirksamsten zu gewährleisten.

Die Botschafterkonferenz hat nachher, nachdem sie von den Antworten der belgischen und der polnischen Regierung Kenntnis genommen hat, beschlossen, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet anwesenden Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen und an Terminen und unter Bedingungen, die die Interalliierte Kommission festsetzen wird, die alle Befugnisse hat, unmittelbar mit der deutschen Regierung die Frage der Beförderung der Stimmberechtigten zu regeln.

Ich habe die Ehre, Sie namens der Botschafterkonferenz zu bitten, diesen Beschluß zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen. Genehmigen Sie ihm.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

„Foreign Press Service“ meldet: Die in europäischen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten im Begriffe sei, das während des Krieges beschlagnahmte deutsche Eigentum wieder herauszugeben, ist scheinbar auf die Furcht einiger amerikanischer Landwirte zurückzuführen, die ein Interesse daran haben, dieses Eigentum als Sicherheit für Kreditgewährungen an Deutschland zu benutzen. In einigen besonderen Fällen ist die Rückzahlung feuergefährlicher Güter erfolgt, aber nicht an Deutsche und Oesterreicher, sondern nur an solche, die früher unter deutscher oder österreichischer Herrschaft lebten, wie Tschecho-Slowaken und Jugo-Slawen. Die endgültige Entscheidung über das Schicksal des deutschen Eigentums, das einen Wert von zirka 700 000 000 Dollar repräsentiert, liegt in den Händen des amerikanischen Kongresses und wird nicht eher fallen, bis der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Amerika unterzeichnet, oder ein Sonderfriede zwischen den beiden Mächten abgeschlossen ist. Auf jeden Fall hält man aber eine glatte Konfiskation des deutschen Eigentums ohne Entschädigung für ausgeschlossen.

Rußland bricht mit Amerika.

Moskau, 30. Dezember. Tschißkewin hat den bolschewistischen Geschäftsträger in New-York Martens, der von der amerikanischen Regierung ausgewiesen worden ist, in einem Telegramm ersucht, mit Rücksicht darauf, daß infolge der feindlichen Haltung der amerikanischen Regierung eine wirtschaftliche Zusammenarbeit unmöglich geworden sei, sofort mit dem Personal seines Stabes nach Rußland zurückzukehren und alle mit amerikanischen Firmen eingegangenen Verträge gemäß den Anweisungen des Volkskommissariats für Außenhandel für nichtig zu erklären.

Belagerungszustand über Budapest!

Wien, 30. Dezember. (Hf. B.) Nach Berichten aus Budapest hat die ungarische Regierung gleichzeitig mit der Verkündung des Urteils über die ehemaligen Volkskommissare über Budapest den Belagerungszustand verhängt und hält die ganze Garnison bereit, um einer Bewegung des Proletariats hutzubringen. Das Gefängnis, in dem sich die Verurteilten befinden, ist von Offizieren besetzt. Der Verkehr ist in weitem Umfange abgebrochen. Die „erwachenden Röhren“ verbreiten eine Flugchrift, in der sie gegen die in- und ausländischen Sozialisten in heftiger Weise Stellung nehmen, weil sie sich in eine innere Angelegenheit Ungarns einmischen.

D'Annunzio dankt ab.

Rom, 30. Dezember. Die „Corriere della Sera“ aus Abbazia meldet, hat D'Annunzio seine Vollmachten in die Hände des Stadtrats zurückgelegt.
Rom, 30. Dezember. (Stefani.) Das Abkommen von Fiume gilt als abgeschlossen. D'Annunzio hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, es lohne sich nicht, für Italien zu sterben. Er soll im Begriff sein, Fiume im Flugzeug zu verlassen. Die Nacht zum gestrigen Tage ist ruhig verlaufen.

Hilfe den Invaliden.

Unsere Invalidenversicherung kennt bekanntlich Alters-, Invaliden-, Kranken-, Witwen-, Witwer- und Waisenrenten. Die Leistungen dieser Versicherung standen schon in der Vorkriegszeit in schreiendem Mißverhältnis zu den Kosten für die Lebenshaltung. Infolge der eingetretenen Teuerung erhielten die Bezüger einer Invaliden-, Alters- oder Krankenrente ab 1. Januar 1918 eine Zulage von 8 M. und der Bezüger einer Witwen- oder Waisenrente eine solche von 4 M. im Monat. Durch Verordnung vom 21. August 1919 wurden die Zulagen auf 20 bzw. 10 M. erhöht. Seit 1. Juli 1920 betragen die Zulagen für Invaliden-, Alters- und Krankenrente 30 M., für Witwen- und Waisenrenten 15 M. und für Waisen, d. h. Kinder unter 15 Jahren, 10 M. für den Monat. Alle diese Zulagen reichten nicht hin, die immer weiter fortschreitende Teuerung auszugleichen. Die Invalidenrentner sanken immer tiefer ins Elend.

An Bestrebungen, diese Zulagen zu erhöhen, hat es nicht gefehlt. Allgemein wurde auch die Not dieser wirklich Armen anerkannt. Den Landesversicherungsanstalten als den Trägern der Invalidenversicherung kamte die Last auch nicht aufgebürdet werden. Beträgt doch deren Unterbilanz — auch eine Folge des Krieges — rund 800 Millionen Mark! Der Reichstag wird nach Mitteln zur Beseitigung dieses Defizits suchen müssen. Das Reich ohne Mittel und die Versicherungsträger heinoße bankrott — und auf der anderen Seite die nicht mehr zu überbietende Not der Opfer kapitalistischer Wirtschaft!

Die Regierung arbeitet eine Vorlage aus, die eine Volksabgabe auf der Grundlage vorsah, daß der Arbeitgeber für jeden Arbeitnehmer und jeder Arbeitnehmer für sich pro Woche 70 Pf. zu einem Fonds beisteuern sollten, aus dem dann Invaliden-, Unfall- und Anwartschaftsrenten einen Rentenzuschuß bekommen sollten. Unsere Genossen haben im Ausschuß widersprochen und eine Milderung der Reichsversicherungsordnung verlangt. Nach heftigen Kämpfen gelang es, die Regierung und die bürgerlichen Parteien auf den sozialdemokratischen Vorschlag zu einigen. Auch die U.S.P. schloß sich an.

Vom 1. Januar 1921 ab werden die Beiträge zur Invalidenversicherung verdoppelt. Die Beitragserhöhung bringt

eine Mehreinnahme von 900 Millionen Mark im Jahre. Diese Summe kommt restlos den Rentenbezieher zugute. Zu den jetzigen Renten treten ab 1. Januar 1921 folgende Zuschläge: Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten 40 M. und Waisenrenten 20 M. im Monat.

Um die Sache verständlicher zu machen, zwei Beispiele: Ein Invalide erhält eine Monatsrente von 25 M., dazu kommen die 30 M. jetzige Teuerungszulage und 40 M. neuerer Rentenerhöhung, zusammen 25+30+40=95 M. im Monat. Eine Waise erhält: Rente etwa 3,40 M., Teuerungszulage 10 M. und neue Zulage 30 M. = 34,40 M. im Monat.

Unser Antrag, die Rentenzulage auf 50 M. festzusetzen, ließ sich leider, aus Mangel an Mitteln, nicht ganz erreichen.

Nachstehender Antrag der Sozialdemokraten und aller bürgerlichen Parteien wurde noch einstimmig angenommen:

1. Die Reichsregierung wolle dem Reichstag unmittelbar nach seinem Wiederzusammentritt Maßnahmen zur Linderung der Not unter den Kleintrentnern, insbesondere auf steuerrechtlichem Gebiet, vorlegen.

2. Die Reichsregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß den Anwartschaftsrentnern, Witwen und Waisen, denen auf Grund dieses Gesetzes eine außerordentliche Beihilfe nicht zusteht, eine Beihilfe in entsprechendem Umfang verschafft wird.

3. Die Reichsregierung wird ersucht, sobald nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für diejenigen Personen, die Renten nach dem Versicherungsrecht für Angehörige beziehen, eine außerordentliche Beihilfe sicherstellt nach Art derjenigen, wie sie durch das Gesetz für andere Sozialrentner sichergestellt sind.

4. Die Reichsregierung wird ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Notlage der Landesversicherungsanstalten abgeholfen wird, und die Vorlage des Gesetzentwurfs so zu beschleunigen, daß die erforderlichen Maßnahmen spätestens mit dem 1. Juli 1921 in Kraft treten können.

Die Sozialdemokraten waren es, die unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft und unter Einsetzung ihrer sozialpolitischen Kenntnisse diese Hilfsaktion für ihre, infolge Krankheit und Siedetum aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Brüder, gegen starke Widerstände durchgesetzt haben. Die Not der Invalidenrentner ist darüber bestehen keine Zweifel, nicht bezogen, sie ist aber gemildert.

Die Ruhr-Gefahr.

Die Deputation der Bergarbeiter, über die wir in unserer heutigen Morgenausgabe nach einer Meldung des „Hamburger Fremdenblattes“ berichteten, stellt sich als eine sehr ernst zu nehmende und bedeutungsvolle Angelegenheit dar. Durch die Deputation waren offiziell vertreten: der alte (freigewerkschaftliche) Bergarbeiterverband, die christliche und kirchlich-Dundersche Bergarbeiterorganisation. An der Spitze der Deputation standen, wie wir erfahren, die Führer dieser drei Verbände, Hue, Baltrusch und Harimann. Die Forderung, daß die Reichsregierung die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr durchzuführen und damit die fortgesetzte Bedrohung des Ruhrgebiets durch den Ententeinmarsch beseitigen soll, wird also von der gesamten organisierten Bergarbeiterschaft einmütig und einhellig aufgestellt. Ebenso einmütig sind die organisierten Bergarbeiter sämtlicher Richtungen in der Ankündigung, daß die Kohlenförderung für Bayern eingestellt werden wird, wenn die Regierung Ruhr sich nicht endlich zur Vernunft entschließt.

Die Regierung vertuscht!

Solbantic meldet WZB. um die Mittagsstunde: In der Reichskanzlei fand gestern mit Vertretern der Ruhrbergleute, die aus Anlaß anderer Sitzungen, u. a. des Reichskohlenrates, in Berlin anwesend waren, eine Besprechung über die Verwendung der fünf Goldmark aus dem Spa-Abkommen für die Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter statt. Dabei sind auch andere Fragen besprochen worden. Den Vertretern der Bergarbeiter wurden von Seiten der Regierung in vertraulicher Aussprache eingehende Mitteilungen über die politische Lage gemacht. Hierbei wurden, wie wir entgegen einer anderweitigen Angabe in der Presse feststellen können, weder Forderungen gestellt, noch Zusagen gegeben. Die rückhaltlose Aussprache hat zu einem guten Einverständnis und zu gegenseitiger Aufklärung wesentlich beigetragen. Dagegen wurde verbindlich die Frage der Goldmark mit dem zuständigen Ressort am Mittwoch nächster Woche an der Hand konkreter Unterlagen eingehend zu erörtern.

Diese tendenziöse Erklärung leugnet weder noch gesteht sie zu, daß die Frage der bayerischen Einwohnerwehren ein Hauptgegenstand der Besprechung war. Das ganze ist ein offiziöser Vertuschungsversuch, bei dem offenbar, wie bei den Noten an die Entente, die Herren Kahr und Scherer in der Reichsregierung die Feder geführt haben.

Wir halten demgegenüber den Inhalt unserer Meldungen vollkommen anrecht, die uns aus guter Quelle bestätigt werden. Wenn die Eiderich-Leute in der bayerischen und in der Reichsregierung wirklich glauben, daß sie mit ihrer Vogel-Strauß-Politik auf die Dauer die Welt täuschen können, so spricht das nicht nur gegen ihre politische Ehrlichkeit, sondern auch gegen ihre Klugheit. Ihre Quittung werden sie bald erhalten, aber wir protestieren dagegen, daß die Reichsregierung hilft, die von den Ruhr-Leuten geschaffene Atmosphäre politischer Unwahrhaftigkeit mit ihren der Wahrheit widersprechenden Dementis noch mehr zu vergiften.

Raschingsstimmung in München?

Die Münchener Kahr-Pressen sind nach wie vor eifrig bemüht, ihren Lesern über den Ernst der Situation Sand in die Augen zu streuen. Nach einer Meldung der Eiderich-ZN sind die Münchener Blätter „nicht geneigt, die Meldung von einem drohenden Minimum der Entente in der Einwohnerwehrrage ernst zu nehmen“. Danach scheint in München bereits große Raschingsstimmung zu herrschen. Der Wochentag dürfte aber noch früher kommen, als er im Kalender steht!

Protest gegen den Kahr-Terror.

Der Stadtrat von Nürnberg befachte sich, nach einer Meldung der „Hf. B.“ gestern mit der (im „Vorwärts“ bereits veröffentlichten) Verfügung der Staatskommissare der bayerischen Regierungsbezirke über die Handhabung der Vorschriften für die Genehmigung von Versammlungen. Der Vorkostenausdruck des Stadtrats hat folgenden Antrag des Stadtrates und Landtagsabgeordneten Giermann (Soz.) sich zu eigen gemacht:

„Der Stadtrat wolle beschließen: Die Verordnung der Staatskommissare, die für alle Versammlungen die Genehmigungspflicht fordert, wird vom Stadtrat als eine völlig ungründete und unzulässige Anhebung des Vereins- und Versammlungslebens mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Der Stadtrat ist nach wie vor der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern, auf Grund dessen die Verordnung erlassen wurde, der gesetzlichen Grundlage entbehrt. Er protestiert daher mit Nachdruck gegen dieselbe und fordert im Hinblick auf frühere Anträge erneut die Aufhebung des Ausnahmezustandes.“

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben; der Protest wird nicht nur der Staatsregierung und dem Landtag, sondern auch dem Reichspräsidenten und dem Reichstag zugeleitet.

Tours für Moskau.

Paris, 29. Dezember. (WZ.) Der sozialistische Parteitag in Tours hat heute nachmittags die Debatte über den Anschluß an die Dritte Internationale beendet und ist dann sofort zur Abstimmung übergegangen. 3252 Mandate von 4763 haben sich für den Anschluß an die kommunistische Internationale ausgesprochen. Nur die mittlere Richtung Longuet erklärten sich 1022 Mandate. Die Tagesordnung Blum, die für die Zweite Internationale eintritt, wurde zurückgezogen; ihre Anhänger, 397, haben sich der Abstimmung enthalten.

Die Wirtel sind also gefallen, und zwar so wie es allgemein erwartet wurde. Von einer bereits erfolgten Spaltung befragt die WZ-Meldung nichts. Es ist aber anzunehmen, daß zumindest der rechte Flügel (Blum-Renaudel-Semhat usw.) auseinander wird. Bei der Zentrumsgruppe Longuet ist dies schon fraglich. Einzelne Anhänger Longuets, wie z. B. Verfeuil, haben von Anfang an erklärt, daß sie sich der Mehrheit unterwerfen und in der Partei bleiben werden. Andere dagegen, wie Mauranges, neigen deutlich zum rechten Flügel. Die Entscheidung für das weitere Verhalten der Gruppe der „Wiederanfänger“ liegt wohl bei Longuet selbst.

Der zweite Tag.

Tours, 30. Dezember. (Eig. Bericht des „Vorwärts.“) Die Erklärungen der Vertreter der Departementsföderationen dauerten heute bis weit in die Nachmittagsstunde. Die Diskussion verlief etwas ruhiger als am ersten Tag. Die kürzlichen Zwischenfälle häuften sich, ohne daß jedoch jene tiefe Scheidung der Geister in Erscheinung trat, die eine Spaltung unvermeidlich erscheinen läßt. Immerhin ist zu verzeichnen, daß die verschiedenen Richtungen regelmäßig Sonderführungen abhalten, und daß auch in der Platzierung der Delegierten eine schärfere Trennung zu bemerken ist. Am meisten erregten die Erklärungen der rassistischen und des Delegierten von Indochina die Aufmerksamkeit des Kongresses.

Aus allen Erklärungen geht eindeutig die tiefe Unzufriedenheit der Massen hervor, die der Partei zutrifft, und die ihrer Unzufriedenheit dadurch Ausdruck geben, daß sie für die radikalsten Resolutionen stimmen. Diese Massen rekrutieren sich hauptsächlich aus dem Kleinbauernstum, während im Industrieproletariat, infolge der Niederlage des Generalstreiks im März, eine große Erschlaffung bemerkbar macht. Semhat antwortete in seiner Rede auf die übertriebenen Hoffnungen, die die Masse auf die Bauern setzt. Ich habe, sagte er, gelächelt über die Illusion eines kommunistischen Kleinbauernstums.

Wißt Ihr, was die Bauern uns zutrifft?

Das ist die Frage, die die hohen Kriegspreise nicht aufrecht erhalten werden können, daß ihre Bereicherung nur ein vorübergehender Konjunkturgewinn ist, daß sie wieder in die Abhängigkeit der großen Kapitalbesitzer geraten. Kommt es aber jetzt zu einem gewaltigen Zusammenstoß, dann werdet Ihr die Masse der Bauern nicht auf eurer Seite, aber ihre Gewehr auf Euch gerichtet finden.

Hervorzuheben sind die Erklärungen der rassistischen Delegierten. Einer von ihnen sprach deutsch und seine Rede mußte überhört werden. Man hörte den Schreier mit jener respektvollen Aufmerksamkeit, die man ausländischen Delegierten zu schenken pflegt. Georg Weiss definierte am besten, warum auch im März eine Mehrheit für Moskau ist, derart, daß man dem alten Genossen Wisch mit dem Ausschluß gedroht hat. Der Anschluß an Moskau, sagte Weiss, erwidert den einfachen Arbeitermassen als das beste, sichtbarste Mittel, um gegen die innere und äußere Politik Frankreichs und gegen die Ausnahmehandlungen, unter denen Elsch-Vorbringen zu leiden hat, zu protestieren. Seit Elsch-Vorbringen wieder französisch ist, wird es

der schlimmsten Reaktion ausgeliefert.

Aber auch die Anhänger von Moskau wollen nicht die Spaltung, und sie wollen vor allem nicht auf Elsch-Vorbringen die traurige Entzweiung zwischen Partei und Gewerkschaften übertragen, die in Frankreich besteht. Im Gegensatz zum übrigen Frankreich gibt es in Elsch-Vorbringen keine sozialistischen Bauernorganisationen. Hervorzuheben ist noch, daß einer der Delegierten vom Elsch auf die deutschen Verhältnisse in der Arbeiterbewegung eingehend hinwies, die sich durch die Spaltung entwickelt

haben. In Elsch-Vorbringen, sagte er, folgen wir mit großer Anteilnahme die Vorgänge in Deutschland.

Der Vertreter von Indochina, ein Anamit, schilderte die grausame Behandlung der Eingeborenen durch das imperialistische Kapital unter dem Schutz Frankreichs, das die Eingeborenen in Massen dem Hunger und der Vergiftung durch das Opium ausliefern.

Von den Erklärungen der übrigen Vertreter ist besonders hervorzuheben, daß die Moskauer heute offener mit der Spaltung drohen. Nachdem ein Antrag der Rechten, den Beschluß über den Anschluß an Moskau auf 6 Monate zu vertagen, abgelehnt war, begann gegen 6 Uhr die allgemeine Aussprache.

Semhat

sprach als erster Redner. Die allgemeine Ermüdung der Delegierten war bemerkbar, als Semhat die Tribüne bestieg. Seine Rede dauerte genau 80 Minuten. Eine Rede Semhats ist sehr schwer wiederzugeben. Er spricht im gelassenen Blauderton, unterbricht sich selbst, wird unerbötlich, scheint zusammenhanglos auf alle möglichen Fragen einzugehen, erzählt groteske Anekdoten, die weitab vom Thema geflogen scheinen, und doch flouert er ganz bestimmt und unbeeinträchtigt auf das oberste Ziel zu, wozu er auch die Zuhörer dazu zu ermutigen scheint. Heute war Semhat nicht, wie sonst, voll heiterer Ironie. Wie konnte es ein Mann, der 30 Jahre im Dienste der Partei an erster Stelle stand und jetzt die Spaltung und seinen Ausschluß kommen sieht! Es gab einen Augenblick, wo der wichtige, immer schlagfertige Semhat Mühe hatte, zu reden. Die Rede wuchs sich zeitweise zu einem Duell zwischen Semhat und dem jungen Gailland-Coururier aus, bis letzterer schließlich entwaffnet am Boden lag. Mit einem großmütigen Achselzucken verzichtete Semhat, dem Vorwichtigen den Gnadenstoß zu geben.

Zwei Punkte, führte Semhat aus, ergeben sich aus der sehr kurzen Diskussion: 1. In der Partei besteht eine unüberwindliche Stimmung nach Moskau; 2. dieser Kongreß wird mit großer Mehrheit den Anschluß an Moskau beschließen. Welches werden die praktischen Folgen dieses Beschlusses sein?

Die Anhänger von Moskau mögen sich nicht einbilden, daß sie etwas Neues erfinden haben, wenn sie sagen, man dürfe sich nicht auf die legalen Mittel beschränken. Und Semhat zitiert Guéde, Baklan, Jantès, die stets die Anwendung illegaler Mittel sich vorbehalten hatten. Aber sie haben diese

illegalen Mittel nur als Exzentralmittel

ins Auge gefaßt. Die Moskauer stellen die illegale Aktion der legalen voran, und damit liefern sie jeder Regierung, die das Bedürfnis empfinden wird, einen Gewaltstreik gegen das Proletariat zu vollziehen, den ernstlichsten Vorwand. Genügt, auch heute schon genügt sich die Regierung nicht. Es ist aber ein gewaltiger Unterschied, ob die Regierung grundsätzlich vorgeht oder ob wir ihr den Vorwand liefern.

Die Mitte der Bourgeoisie sieht sich heute verloren. Ihre einzige Hoffnung ist ein gewaltiger Konflikt mit dem Proletariat, ein Versailles ohne Kommune, aber ein Versailles, das sich auf alle Arbeiterparteien ausdehnt. Der Geist der Arbeiter kann nur durch die Aussicht auf völlige Befreiung geändert werden. Die Bourgeoisie hofft und drängt nach einem fürchterlichen Aderlaß.

Es gibt heute zwei Pole: Rußland und England. Wie auf der Rechten sind der Meinung, daß die englischen Methoden der Arbeiterbewegung uns näher liegen, in Frankreich weit eher anwendbar sind, als die russischen. Uns fällt die Rede des Genossen von Jantès, um diese beiden Pole zu vereinigen. Das Unheimliche dieses Kongresses ist in der gegenwärtigen Situation. Angesichts des Zusammenbruchs des Kapitalismus, der aus den Reihen seinen Ausweg findet, sind wir es selbst, die seine Existenz verlängern. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

Interpellation wegen Maria Zetkin.

Paris, 30. Dezember. Da die deutsche Kommunistin Maria Zetkin ohne daß die Grenze überfarrten hat, um auf dem Kongreß in Tours eine kurze Rede zu halten, wird heute in der Kammer eine Anfrage an die Regierung gestellt werden, wie es möglich war, daß Frau Maria Zetkin die französische Grenze überschreiten konnte.

Die Reise nach Moskau.

Der Chefredakteur des „Populaire“, Paul Jaurès, erzählte auf dem Parteitag in Tours folgende Geschichte: „Als unser Genosse Rappoport vor einigen Jahren Rußland verließ, emigrierte er sich, sei es aus Prinzip oder aus Notwendigkeit, ohne Fahrkarte zu zeigen. Natürlich fand ihn unterwegs ein Kontrolleur, und nach

davor bewahrt, fremden Einflüssen zu unterliegen. Das ist für die Entwicklung der deutschen Kunst ein Segen gewesen. Wir wollen hoffen, daß sie sich ihre Selbstständigkeit und kostbare Eigenart auch weiterhin erhält und in Zukunft der französischen Kunst nicht als abhängige Schülerin, sondern als gleichwertige Kämpferin zur Seite tritt.“

Die Unterbrechung der Schwangerschaft. Die Rot der Mütter und der Kinder hat die Frage, ob die Mutter Herrin ihres Körpers und des werdenden jungen Menschen sein soll, zu einer brennenden gemacht. Eine lebhafteste Bewegung hat eingesetzt, um die Abtreibung straflos zu erklären. Das Recht des Individuums streift hier mit dem der Gesellschaft, die Gegenwart mit der Zukunft; volkswirtschaftliche wie ethische Rücksichten sind hier gleichbedeutend. Die medizinische Wissenschaft gibt keine eindeutige Antwort. Professor Aderhalden, der hervorragende Physiologe, nimmt eine ablehnende Stellung ein. Die Warnung, die er erteilt, soll hier gelöst werden, wenn damit auch kein Weges dies schwierige Problem für erledigt erklärt werden kann. Prof. Aderhalden schreibt:

„Mit dem Eintritt der Schwangerschaft vollziehen sich im Organismus der Mutter gewaltige Umwandlungen. Ihr Körper bildet mit dem werdenden Wesen eine Einheit. Ganz neue Funktionen werden angebahnt. Rein Organ der Mutter bleibt unbeeinflusst. Die Unterbrechung der Schwangerschaft bedeutet für den ganzen Organismus eine schwere Katastrophe. Sie wird nur unter ganz günstigen Verhältnissen ohne bleibenden Schaden überwunden. Wir haben diese nicht in der Hand! Das werdende Wesen hängt nicht nur umfängliche Umgehaltungen in den verschiedensten Geweben der Mutter, darüber hinaus bedeutet die Schwangerschaft ein festliches Erlebnis von tiefgebendster Bedeutung. Der Verlust der Leibesfrucht bewirkt eine seelische Erschütterung, die in vielen Fällen durch das ganze Leben nachhallt.“

Die Behauptung derjenigen, die die Entfernung eines werdenden Wesens als einen unter den heutigen Verhältnissen unbedeutenden Eingriff darstellen, steht in schärfstem Widerspruch mit den Tatsachen. Jede noch so sorgfältig geleitete Entfernung einer Leibesfrucht birgt große Gefahren in sich. Sie wird deshalb nur in Fällen vorgenommen werden dürfen, in denen vom Arzte die absolute Notwendigkeit anerkannt ist. Die erteilte Unterbrechung der Schwangerschaft würde in kurzer Zeit die ganze Zukunft des Volkes untergraben. Alle Gesetze der Ethik werden vernichtet werden. Der Abtreibung würden nicht nur ungeschädigte Kinder zum Opfer fallen, sondern auch zahlreiche Mütter. Die Bevölkerungszahl würde rasch sinken. Vom Standpunkt der medizinischen Wissenschaft aus muß aus den angeführten Gründen mit aller Entschiedenheit gegen die Freigabe der Abtreibung Stellung genommen werden.“

Eine Reichskulturabgabe. Um für die Beratungen des vom Reichsministerium eingeleiteten Ausschusses zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit eine Grundlage zu schaffen, arbeitet die Genossenschaft deutscher Tonsetzer in Besprechungen mit dem Schutzverbände deutscher Schriftsteller und den wirtschaftlichen Verbänden der bildenden Künstler an der Vorbereitung für eine Reichskulturabgabe als dauernde Einrichtung. Diese ist nicht nur als

der Methode der damaligen russischen Beamten wurde er reichlich mit Fußtritten traktiert und hinausgeworfen. Rappoport stieg aus ohne Fahrkarte in einen anderen Zug, um das Schauspiel wiederholte sich noch mehrere Male, bis Rappoport schließlich mit schmerzhaftem Hinterteil in Frankreich ankam. Heute verlangt nun der Genosse Rappoport von uns, daß wir dieselbe Reise in umgekehrter Richtung nach Moskau machen sollen, denn die 21 Bedingungen, die man uns löffelnweise vorlegt, wirken auf uns genau so wie die Fußtritte, die der Genosse Rappoport schon ertragen hat. Wir für unseren Teil aber wollen sie nicht ertragen, so schloß Jaurès unter dem Gelächter des Kongresses, in das auch die extremsten Kommunisten schließlich einstimmen.

Ein Mörder als Reichswehroffizier?

Die „Internationale“ erklärt in einer setzgedruckten Notiz an der Spitze ihres Blattes, daß sie die Person kenne, die während der Kampftage den Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ in Breslau, Schottländer, ermordet habe. Als Mörder wird von der „Internationale“ bezeichnet der Oberleutnant Schmitz, der nicht etwa flüchtig sei oder sich verborgen halte, sondern als Offizier bei der Sibirisch-Haifisch-Division Dänie in Villau siehe. Als Zeugen dafür, daß Schmitz den Mord an Schottländer auf dem Gewissen hat und sich des Mordes rühmt, werden bezeichnet Kapitänleutnant Selchov und die beiden ehemaligen Leutnants Ohlschäusen und Gerdes.

Wir richten an den Reichswehrminister die Frage, ob ihm diese Dinge bekannt sind und ob er es billigt, daß die Reichswehr zum Asyl für Mörder oder zum mindesten des Mordes stark verdächtig Personen werde? Den Justizminister fragen wir, ob und welche Schritte bisher gegen Schmitz unternommen worden sind. Wenn die „Internationale“ in ihrem Artikel an das Proletariat appelliert, sich selbst Justiz zu schaffen, so wird man gegen solche Methoden sachliche Bedenken hegen können, aber man wird die solchen Ausbrüchen zugrunde liegenden Gefühle aus dem völligen Verlagen der deutschen Justiz heraus begreiflich finden.

Beileidskundgebungen zum Tode Legiens.

Bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind zum Tode Karl Legiens folgende Beileidskundgebungen eingelaufen:

Der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion spreche ich anlässlich des Hinscheidens Ihres langjährigen hervorragenden Mitgliedes Karl Legien, der sich um die deutsche Gewerkschaftsbewegung unvergängliche Verdienste erworben hat, namens der Demokratischen Reichstagsfraktion aufrichtiges Beileid aus. Schiffer.

In dem schweren Verlust, der Sie durch das Hinscheiden des Abgeordneten Karl Legien, des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, betroffen hat, sprechen wir Ihnen unsere aufrichtige Teilnahme aus.

Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Abschiedsfeier mit Menschentötung.

Vor einiger Zeit meldeten wir von einer Gefechtsübung, die von der Reichspolizei mitten im Dorfe Wultrau bei Neuruppin abgehalten wurde. Durch das Schießen in den Straßen wurden zwei Fußwege zum Durchgehen gebracht und infolgedessen ein 17jähriger junger Mann getötet. Unsere damalige Meldung bedarf in einem Punkte einer kleinen Korrektur. Nicht um eine militärische Übung handelte es sich, sondern der Regimentskommandeur hatte einen „Kampf gegen Sportplatz“ als Abschiedsfeier für den Garfen von Jülich-Säverin arrangiert. Die ganze Veranstaltung, durch die ein Mensch getötet wurde, hätte also nicht einmal einen ersten Preis, sondern nur eine in jeder Beziehung verwerfliche und kindisch dumme Spielerei.

Das Reichswehrministerium hat sich auf unsere erste Darstellung der Sache ausgesprochen, wie es überhaupt in letzter Zeit bemüht ist, auf dem politischen Angelegenheiten mit

Abgabe für die schulpflichten Werke der Literatur und Tonkunst, der ungeschätzten Reproduktionen von Werken bildender Kunst geplant. Die Künstlerverbände wollen eine durchgehende Abgabe für alle Werke einführen, die Abgabe für die lebenden Autoren soll an diese weiter geleitet werden, für die ungeschätzten Werke dagegen der Reichskulturkasse zufließen. Der Nachweis, ob geschützt oder nicht, fällt dann dem Urheber zu. Es bedarf hierzu keiner Urheberorganisationen für Literatur, Tonkunst, bildende Künste; die großen Vertriebsverbände der Künstler hätten dafür zu sorgen. Die Einziehung der Reichskulturabgabe soll durch den Fiskus erfolgen. Für ihre Verteilung muß ein unabhängiges Organ geschaffen werden, das möglichst von den Urheberorganisationen ernannt würde. Selber sollen zum Druck neuer Werke zur Verfügung stehen. Ist doch die jetzige Lage des Literatur- und Musikverlages, besonders soweit es sich um ernste, vorläufig unpopuläre Reichsproduktionen handelt, so katastrophal, daß bei dem Ueberhandnehmen der Reindruck gangbarer älterer Werke der literarische und musikalische Nachwuchs bald vor der Unmöglichkeit steht, überhaupt hervorzutreten.

Die Schiller die „Dichtertitel“ heilte. Schiller hatte einen jungen Freund, der gern ein Dichter genannt wäre wie sein großes Vorbild, das ihn seiner Freundschaft würdigte. Aber der Pfad zu den ionischen Höhen des Barnab ist ach leider gar zu steil, und der launenhafte Penafus wirft ungedeibte Reiter nur zu oft ab! Das merkte auch unser Dichtertüchling täglich und verzagte doch sogar zwischen seiner Freundschaftspflichten. So hatte Schiller einmal längere Zeit von dem jungen Freunde nichts gehört. Darum machte er sich auf, ihn in seinem Dachstübchen zu besuchen und nach seinem Befinden zu sehen. Da fand er denn, als auf sein Klopfen sein „Gereint“ folgte, den jungen Freund — es war ein glühend heißer Augusttag, und im Dachstübchen herrschte eine erdrückende Schwüle — im nesten Schlummer an seinem Schreibtische sitzend, auf ein Blatt Papier gebeugt. Leise trat Schiller heran. Da lag er auf dem Papier folgende mit frischer Tinte geschriebene Verse:

Die Sonne sendet ihre Straßenspielen
Die auf des Meeres tiefsten Grund —
Nun entschlossen nahm Schiller einen Bleistift und setzte darunter:
Die Fische fangen an zu schwimmen.
O Sonne, treib' es nicht zu bunzt!

Dann entfernte er sich leise. Nach einiger Zeit wandte der Dichtertüchling auf. Mit Stöhnen bemerkte er Schillers ihm wohlbekannte Schriftzüge und — verstand sie. Er hat seit jener Zeit keinen einzigen Vers mehr verbrochen.

Theater. Die nächste Premiere in den Kammertheatern wird am 7. Januar Holmannsthal's „Abenteuer“ und die „Cäcilia“ sein. Der Abend wird eröffnet mit der Uraufführung des Holmannsthal'schen Operettens „Alcindo“.

Der Schand im Bahnhofsbuchhandel. Was die Verkaufshände unserer Eisenbahnen zugeht an Schand erigen, besitzt jeder Bahngänger Grund: das Verkehrsministerium hält sich an politischen Lasten von jeder Seite fern, das dauernde Stimmführer der Bahnhofsbesitzer treibt die Bahnbuchhändler zu rüchschlechter Preisbildung an. Schandige Lektüre oder als solche kritischer Schand bringt mehr Unheil und Schand als die Werke guter Schriftsteller.

Eine Ausstellung französischer Maler.

Im „Sturm“ (Potsdamer Straße 134a) erneuern wir die Bekanntschaft mit einigen ausländischen Künstlern, darunter führenden Größen des französischen Kubismus, die uns jederzeit willkommen sind, besonders aber dieses Mal, wo sie zugleich mit einer freundschaftlichen Seite als wirkliche Friedensboten erscheinen. Die Augen und geschlossenen ethischen Säbe, die einer ihrer Vorführer in französischer Sprache dem Ausstellungskatalog vorausschickt, zeigen uns, daß jetzt auch drüben wertvolle Vertreter der jüngsten Künstlergeneration eine Verständigung suchen, zu der unsere jüngsten immer bereit gewesen sind. Denn wenn irgendein Teil der deutschen Bevölkerung sich stets von jeglicher Kriegspsychose freigehalten hat, dann war es der Kreis unserer jüngsten Maler, Bildhauer und Architekten, denen nun hoffentlich bald Gelegenheit gegeben werden wird, die kameradschaftliche Intrikadistik der Pariser Kollegen zu erwidern. Bei dieser Gelegenheit werden die französischen Künstler und Kunstkenner sich davon überzeugen können, daß der sogenannte Expressionismus bei uns im Laufe der letzten sechs Jahre eine Verinnerlichung und Vertiefung erfahren hat, die die neue deutsche Kunst der französischen zum mindesten als ebenbürtig erdienen läßt.

Was die modernen Maler der französischen oder richtiger der romanischen Rasse vor uns vorans haben, zeigt die Ausstellung im „Sturm“ sehr deutlich. Es ist die aus einem alten künstlerischen Kulturboden erwachsene Sicherheit des Geschmacks und Feinheit des Gefühls für den sinnlichen Reiz der Farbe und Linie. Ich würde keinen deutschen Maler zu nennen, der die lineare Eleganz und koloristische Dekoration eines Albert Gleizes (Nr. 1-12), Louis Marcoujss (Nr. 13-36) oder Jules Chérols (Nr. 37 bis 80) erreicht. Mit ihnen verglichen erscheinen unsere jüngsten primitiv und ungenügend, die Franzosen mögen sagen: barbarisch. Wo aber findet sich unter den Franzosen einer, der die ganze Durchgeilung unseres Paul Kees, die Gefühlstiefe unseres Heiminger, die elementare Wucht unseres Schmidt-Rottluff besitzt? Die Belgierin Loui Donas (Nr. 81-104), die wieder eine Reihe ihrer kleinen Baurwerke ausgestellt hat, steht uns nahe, einige Russen, wie Chogall und Kandinsky, übertreffen uns im Ausschöpfen tiefsten seelischen Erlebens. Der französische Expressionismus aber entwickelt sich mehr auf der Linie zum Dekorativen — wir sehen das auch an den hier ausgestellten neuesten Arbeiten von Gleizes (Nr. 6-12), die gegenüber seinen früheren Werken (Nr. 1 bis 5) ein Herporstreben rein sinnlicher Farben- und Linien Schönheit aufweisen das tieferen Gefühlsausdrucks erkennen lassen.

Die jahrelange völlige Isolierung durch den Krieg hat die deutschen Künstler genötigt, sich auf sich selbst zu stellen, und sie

Schlichtungen zu übergehen. Wir erinnern, dass die Besetzung der Reichswehr in München. Bei der Besetzung des Reichswehrministeriums, Herr Major Siegel, der jetzt plötzlich Major von Siegel heißt, den (angeblich abgeschafften) Adel durch die bayerische Regierung dazu erhalten, daß er über diese und andere Dinge konsequent den Mund hält?

Gewerkschafter in der Wucherbekämpfung.

Ueber die Wucherbekämpfung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in der Bekämpfung des Wuchers und des Schleichhandels werden uns von dem Leiter des Landespolizeiamts beim preussischen Staatskommissar für Volksernährung, Dr. Falk, einige allgemein interessierende Mitteilungen gemacht, denen wir folgenden entnehmen:

Im Frühjahr 1919 stellte das Landespolizeiamt auf Veranlassung des damaligen Reichsernährungsministers Robert Schmidt in der Stadt Berlin etwa 100 Gewerkschafter aus den drei Gewerkschaftsgruppen als Hilfspolizeibeamte ein. Hierdurch sollte neben der gebotenen Verpflegung der Kräfte des Amtes die Anteilnahme der breiten Schichten der werkschaftlichen Bevölkerung an der Wucherbekämpfung angeregt und ihr Verständnis für diese so schwierigen Arbeiten gehoben werden. Auch in den Provinzen zog das Landespolizeiamt die Gewerkschaften heran, insbesondere zu der bis zum Spätherbst 1920 durchgeführten Nachprüfung der aus den besetzten Gebieten auf das rechte Rheinufer gebrachten Waren, der sogenannten Rheinkontrolle. Hier waren zeitweise allein etwa bis zu 200 Gewerkschafter tätig. Neuerdings ist dann das Landespolizeiamt auf dem linken Rheinufer mit der Aufstellung von Streifenkolonnen in der Stärke von etwa 250 Mann aus den Reihen der Gewerkschafter vorgegangen, um mit ihrer Hilfe den wilden Schmuggel an der holländischen Grenze zu bekämpfen. Hier bedurfte die örtlichen Polizeibehörden einer besonders tatkräftigen Unterstützung, da die Schutzpolizei infolge des Einspruchs der Internationalen Rheinlandkommission nicht verwendet werden kann. Dagegen genehmigte diese die Ausrüstung der Gewerkschafter mit Karabinern und Pistolen, die wegen des bandenmäßigen Auftretens der meistens bewaffneten Schmuggler dringend geboten war.

Die Verwendung der Gewerkschafter in der Wucherbekämpfung hat naturgemäß starke Anfeindungen erfahren. Nach den Erfahrungen der nunmehr fast 2 Jahre können diese jedoch durchweg als unbegründet bezeichnet werden. Die Gewerkschafter haben aus ihren früheren Berufen reiche Kenntnisse des praktischen Lebens und Erfahrung in der Verwaltung der Menschen und ihrer Vermögensgründe mitgebracht, welche sie wohl bei jeder, auch nach kurzer Ausbildung erfolgreiche Arbeit im Polizeidienst zu leisten. Vor allem aber waren sie durch ihre gewerkschaftliche Schulung von der Wichtigkeit der Beobachtung der von der Reichsregierung erlassenen gemeinwirtschaftlichen Vorschriften auch innerlich durchdrungen, für deren Durchführung sie sich mit harter Ausgabe und unter Zurücksetzung persönlicher Angelegenheiten einsetzen.

Aus ihrer Verwendung sei hier besonders erwähnt: die Heberwahrung von Bahnhöfen auf gewerkschaftliche Schleichhändler, die Kontrolle von Ladengeschäften und Wochenmärkten auf Einhaltung von Höchst- und Mindestpreisen und Beachtung der Vorschriften über Preisausgang, die Nachprüfung von Wägen auf die Beobachtung der Ladenvorschriften und die Beobachtung der Gast- und Schankwirtschaften auf die Einhaltung der Verschleißvorschriften. Besonders streifen überwachen zeitweise die Lieferung der Kohlen in die einzelnen Betriebe und Haushaltungen vom Bahnhof und Lagerplatz bis zur Verbrauchsstelle. So konnten in einigen Villen in Dahlem hinterherum bezogene Mengen von Kohlen bis zu 500 Ztr. beschlagnahmt und der Allgemeinheit wieder zugeführt werden. Besonders tätigen Anteil nahmen die Gewerkschafter an der Bekämpfung der Getreidebeschwerden auf großen Gütern. Von sonstigen Untersuchungen sei hier die von Gewerkschaftern durchgeführte planmäßige Nachschau in den Schank- und Gastwirtschaften der größeren Ortschaften auf Einhaltung der gemeinwirtschaftlichen Bestimmungen, insbesondere der Verschleißvorschriften, erwähnt.

Im ein zahlenmäßiges Bild von der umfangreichen, von Erfolg gekrönten Tätigkeit der Gewerkschafter zu geben, seien hier die Mengen wiedergegeben, die eine kleine Kolonne Gewerkschafter auf mehreren Streifen in den südwestlichen Vororten Groß-Berlins beschlagnahmten. Es waren dies 377 Stüd lebendes Vieh, etwa 150 Ztr. Mehl, 26 Ztr. Wurst, 27 Ztr. Kaffee, 13 Ztr. Schmalz, 29 Ztr. Mehl, 166 Ztr. Getreide, 22 Ztr. Butter, 26 Ztr. Zucker, 45 000 Stüd Zigaretten, 2000 Liter Spirituosen, 46 Kisten Membranen, 206 Ztr. Kupfer, 300 Ztr. Kohlen, 1 Ztr. Soda, 90 Stüd Wärröhrchen und zwei vollständige Geheimeinrichtungen für Spirituosenbrennerei. Bei der Rheinkontrolle beschlagnahmten die Gewerkschafter in einem Monat Waren im Werte von über 110 Millionen Mark.

Bei ihrer Tätigkeit hatten die Gewerkschafter mehrfach Gelegenheit, bei einer Verfolgung gemeiner Straftaten mitzuwirken. Bei der Verfolgung eines Schleichhändlers gelang es ihnen, einen gewerkschaftlichen Eindringling zu machen, welcher sich mit mehreren Tatgefahrten zur Vornahme planmäßiger Einbrüche und Diebstähle in Bauernwirtschaften zusammengesetzt hatte. Bei einem anderen Streifzuge gelang den Gewerkschaftern die Festnahme von zwei Leuten, welche der Reichspost gewerkschaftlich Kupferdrahtleitungen gestohlen hatten. Ueber zwei Zentner dieses wertvollen Stoffes konnten beschlagnahmt werden.

Warenbrecher rüdet. Wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, legt Pastor D. Wartenbroder sein Mandat beim jüdischen Landtag nieder, da er zwecks Hebernahme der Schriftleitung der „Deutschen Zeitung“ nach Berlin übersiedelt. Für das freierwerbende Mandat kommt der Gutsbesitzer Viehisch-Burg in Frage.

Hineingefallen in der Herausgeber der antisemitischen Wochenzeitung „Auf gut deutsch“, der sich den schönen Namen Dietrich Schwarz zugeworfen hat. Er hatte 1000 M. ausgelobt für den Nachweis einer jüdischen Familie, die 3 Wochen lang 3 Söhne gleichzeitig im Schützengraben gehabt hatte. Rabbiner Freund (Danzoner) legte darauf eine Liste von 20 Familien nur aus seiner Gemeinde vor, die diese Bedingung erfüllt haben; Schwarz verwarf sie, vom Nachen zu brücken, wurde aber zu einem Vergleich genötigt, nach dem er den Betrag bezahlte, da bei der Verhandlung vor dem Landgericht München Freund mit einer weiteren Liste von 50 jüdischen Familien aufwartete, die 7 oder 8 Söhne im Schützengraben gehabt hatten.

Aufgehobenes Zeitungsverbot. In Posen ist das Verbot der Bestellung folgender reichsdeutscher Zeitungen aufgehoben worden: „Vorwärts“, „Polnische Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Die Welt am Montag“. Die Postämter sind beauftragt worden, die genannten Zeitungen, die unter Kreuzband ankommen, ohne Unterbrechung den Adressaten auszuliefern. Zu bemerken ist jedoch, daß die Zeitungen der Zensur unterliegen!

Groß-Berlin

Hochstapler oder Mädchenhändler.

Ungarische Verbrecher auf Reisen.

Eine gefährliche ungarische Hochstaplerbande, die auch in dem Verdacht des Mädchenhandels steht, wurde von der Berliner Kriminalpolizei im Westen Berlins verhaftet. Schon seit dem Frühjahr d. J. beschäftigte die Kriminalpolizei eine Gesellschaft, die damals in Hamburg aufgetreten war. Es handelte sich um vier Ausländer, die sich Wladislaw von Galesch, Endro von Endrenyi, Jwan von Mathe de Matsejzka und Alex von Mate de Matsejzka nannten, sehr elegant ausstatten und besonders mit amerikanischen Banknoten und Schecks um sich warfen.

Das letzte den Geschäftsführer des Hotels zu dem Verfaß, mit dem Galesch ein Schmuckgeschäft abzukleifen. Er hat ihnen ein goldenes Armband mit Brillanten und Perlen auf Platin und einen goldenen Ring mit einem großen Diamanten für zusammen 100 000 M. an. Jwan von Mathe de Matsejzka erklärte sich bereit, den Scheck zu kaufen mit dem Bemerkten, daß er ihn für eine Berlinerin, die auch im Hotel wohnte und der er sich genähert hatte, erwerben wolle. Als nun einige Tage später Jwan und Alex von Mathe mit dieser Berlinerin zusammen trafen, erklärte Jwan, von Galesch werde das noch nicht zustande gekommene Geschäft abschließen. Galesch hatte auch die Schmuckstücke schon an sich genommen und wollte sie für 100 000 M. kaufen, aber in amerikanischen Banknoten bezahlen, worauf der Geschäftsführer nicht einging. Die Gesellschaft verband darauf unter Mitnahme der Schmuckstücke. Der Berlinerin hatten die beiden von Mathe gesagt, daß sie mit ihr im Hotel absteigen würden. Aber schon auf dem letzten Bahnhof ließen sie sie im Stich und verschwand. Wie die Ermittlungen ergaben, hatten die vier Ausländer in Hamburg auch ein Haus gekauft, eine Garage gemietet und einen Chauffeur angenommen. Den Wagen aber besaßen sie nicht, weil der Verkäufer die ausbedungene erste Anzahlung von 50 000 M. nur in einem amerikanischen Scheck erhalten konnte diesen aber zurückwies. In einem sehr vornehmen Pensionat des Westens ermittelte nun die Kriminalpolizei einen Gast, der sich für einen Großgrundbesitzer Jwan Studa aus Ungarn ausgab. Sie erkannte in ihm den Jwan von Mathe de Matsejzka und nahm ihn fest. Der Verhaftete führte außerdem noch einen Paß auf den Namen eines Hauptmanns a. D. Freiherr Nikolaus Barbarejka mit seinem Bilde bei sich. In seinem Besitz fand man wieder fünf amerikanische Schecks, die sämtlich wertlos waren. Seine Begleiter waren eine junge Dame und zwei Herren. Die Dame ist eine Berlinerin, die der Hochstapler auf der Reise von Hannover nach Berlin kennen gelernt und wieder durch große Geldversprechungen in seine Reize gelockt hatte. Auf dem Polizeipräsidium wurde Jwan von Mathe-Jwan Studa-Freiherr von Barbarejka-Gast-Sander Mathe erkannt als ein Martin Goldschmidt, der aus Ungarn kommt. Einer seiner Begleiter nannte sich von Rint, hatte aber auch noch einen anderen Paß bei sich. Der dritte Mann, der den Sekretär der beiden anderen spielte, nennt sich Kaufmann Justus Mannheim. Wer dieser und Herr von Rint wirklich sind, weiß man noch nicht. Auch sie wurden verhaftet.

Die Kriminalpolizei geht jetzt den Spuren der Bande, die nicht nur in den deutschen Städten, sondern auch in Paris, Barcelona, Venedig u. a. aufgetreten ist, weiter nach. Es besteht der dringende Verdacht, daß die verhaftete Gesellschaft, die momentan auch in den Lokalen der Ledewelt Damenbekanntschäften in Mädchenhandel betrieben hat und auch die Berlinerin aus dem Pensionat des Westens zu unsauberen Tölpeln ins Ausland zu verschleppen suchte. Wer mit den Hochstaplern irgendwelche Beziehungen geknüpft hat und zur Aufklärung ihrer ganzen Treibens zureichende Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Planensmann, Dienststelle B. II. 1. im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Die Gemeinde als Steuerheber.

Für die Entschädigung der Gemeinden und Gemeindeverbände, die sie für die Hebernahme der Geschäft der Finanzämter erhalten, hat der Reichsminister der Finanzen Grundzüge aufgestellt, denen der Reichsrat zugestimmt hat und die jetzt vollständig vorliegen. Sowohl Gemeinden oder Verbände mit der Veranlagung und Erhebung der Umsatzsteuer und der Grundsteuersteuer betraut sind, erhalten sie dafür 1 Proz. des abgeführten Ertrags aus der Schlüsselsteuer. Die Vergütungen werden zugerechnet. Eisenbahnen erhalten sie von den Umsatzsteuerbeiträgen, die durch Stempelsteuern entrichtet werden. Für die Erhebung einer Schlüsselsteuer allein erhalten sie 1/10 Proz. Wenn Gemeinden nicht mit der vollen Veranlagung betraut sind, aber zur Veranlagung herangezogen werden, so werden ihnen ihre Ausgaben für die Vordrucke und Formblätter, das Porto und das Ausdrucken und Einheften von Sten, die Anforderungen an Steuererklärungen und Steuerbescheide ersetzt, ebenso persönliche Aufwendungen, wenn sie nicht unerheblich sind. Die Veranlagungsstellen der Steuerarten werden besonders erwähnt.

Berlin-Warschau.

Durchlaufende Schallzüge zwischen Berlin und Warschau sind, wie wir berichtet hatten, auf der Fahrplankonferenz in Wien zu Renzjahr vereinbart worden. Die Reichsbahnverwaltung hat auch alle Vorbereitungen getroffen, um diezüge pünktlich in Verkehr zu setzen. Die Polnische Eisenbahnverwaltung hat jetzt erklärt, die Aufnahme der beiden Züge für Mitte Januar in Aussicht zu nehmen. Der erste Zug soll von Berlin am 14. aus Warschau am 15. abgehen. Bei der vorgezeichneten Abfahrtszeit aus Warschau, 9.00 pm. mitteleuropäischer Zeit, die wohl beibehalten werden wird, soll der Zug in Berlin schon zwischen 7 und 8 Uhr am. Aufenstalt nehmen, so daß er um ebensoviel früher nach Berlin, also etwa um 12 Uhr mittags, kommen würde. In umgekehrter Richtung soll der Zug ab Friedrichstraße 12.00 in Berlin abends zwischen 7 und 8 Uhr Aufenstalt nehmen, also ungefähr zu der vorgezeichneten Zeit. Endgültige Bestimmungen sind noch nicht getroffen.

Ein Schildbürgerstück der Gastwerte.

Bei der Einforderung und Eintreibung der sogen. Gastschulden, die in Berlin (wie kürzlich im „Vorwärts“ dargelegt wurde) eine Vorauszahlung des erst zu leistenden Geldes sind, verfahren die Gastwerte der Stadt Berlin mit unnötiger Härte. Viele Erfahrungen hat bei der V. Revierinspektion (Grüner Weg) ein unglücklicher Arbeiter gemacht, der unter Hinweis auf die geringe Höhe seines Einkommens sich für außerstande erklärt hatte, die geforderte Kautions zu leisten. Bismarck ein Vierteljahrhundert hindurch hatte er von der Stadt sein Gas entnommen, ohne daß ihm eine Kautions abverlangt wurde — jeht aber sollte er plötzlich eine solche in Höhe von 50 Mark bezahlen. Er verzweifelt und, daß er niemals das Gasgeld schuldig geblieben sei und daß er auch bei Benutzung eines Automaten den in den letzten Jahren immer größer gewordenen Preisunterschied stets dem Geldschalter sofort bezahlt habe, so daß man gegen ihn kein Recht haben brauchte. Die Angestellten der Revierinspektion aber beriefen sich auf Vorschriften, blieben laub gegenüber seinen wiederholten Hinweisen auf seine Erwerbslosigkeit und schickten ihm schließlich ein paar Arbeiter, die — den Automaten weg-

nehmen. Die Wohnung besteht nur aus zwei Stuben ohne Küche, so daß die Familie sich ohne Kochherd behelfen mußte und auf Benutzung eines Gashochapparates angewiesen war. Zwar hatte der Mann im Hinblick auf die Möglichkeit einer Abholung des Automaten bereits ein kleines Kochherd aufgestellt, aber die Revierpolizei verlangte Beseitigung des Kochherds durch ein besonderes Rohr, das der Hauswirt nicht auf seine Kosten beschaffen wollte. Unter solchen Umständen war die Einziehung des Gases ein jäherer Schlag.

Als etwa eine Viertelstunde nach Abholung des Automaten die kranke Frau des Arbeiters von der Krankenkasse heimkam und einen ihr zufällig an diesem Tage ausgegebenen größeren Krankengeldbetrag mitbrachte, ließ sie sofort zur Revierinspektion und bot nunmehr die 50 M. als Kautions an und dazu die üblichen 6 M. Gebühren für Wiederanstellung des Gasmessers. Doch der Beamte erklärte, jetzt seien als Kautions nicht mehr 50 M. zu zahlen, sondern — 150 M.! Sollte das ein Witz sein? Nein, das war dritterer Ernst! Auch für diese erhöhte Forderung berief sich der Beamte auf Vorschriften, indem er die verdächtige Frau beschrie, Automaten dürften überhaupt nicht mehr aufgestellt werden, die Kautions könne jetzt nur noch einen von den gewöhnlichen Gasmessern erhalten und für diesen betrage eben die Kautions 150 M. Hier wurde also eine Härte noch gesteigert durch die an das Wort sich haltende Auslegung einer Vorschrift, deren Sinn doch nur der sein kann, eine wirkliche Kauantionsstellung von Gasautomaten nicht mehr zu gestatten. Die Familie geriet durch die völlige Erhöhung der Kautions auf neue in Verlegenheit und Bedrängnis, denn einen so hohen Betrag konnte sie von dem Krankengeld nicht zahlen. Selbst wenn die Gashochverwaltung auf die Kautions nicht verzichtet zu dürfen meint, wird sie doch dieses an Schecke erinnernde Bureaukratenstückchen gemiß nicht billigen wollen.

Kadetten und mittellose Blinde.

„Ausweis zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für mittellose Blinde, mittellose Taubstumme u. a. sowie Mannschaften der Handelsmarine“ — dieser Ausweis wird in der deutschen Republik den Kadetten- und Jünglingen seitens ihrer Kadettenanstalt überhandt durch Vermittlung des Deutschen Offiziers-Bundes. Wo — wohlgemerkt — den Kadetten, welche nicht den übrigen Jünglingen, die in ihrer übertriebenen Mehrzahl eine solche Fahrpreisermäßigung für die Fahrt zu ihren Eltern weit eher nötig hätten als der Offizierserfahren der alten Monarchie.

Zeit langer Zeit kämpfen die Jugendorganisationen, die Vereinigungen zur Pflege des Wanderns u. a. für eine Fahrpreisermäßigung bei Eisenbahnfahrten — vergeblich, weil man ihnen mit einem Schein des Rechts immer die trostlose Lage der Eisenbahnfinanzen vor Augen hält. Aber bei Gott und dem Deutschen Offiziers-Bund ist, wie man sieht, auch in der deutschen Republik kein Ding unmöglich. Der D. O. B. erreicht für seine „Kadetten die Gleichstellung mit den mittellosen Studenten ohne weiteres, auf Grund seiner „Beziehungen“, und die Eisenbahnverwaltung legt die Hände an die Hofamkeit. Der Kreis derer, denen eine solche Fahrpreisermäßigung von Rechts wegen zusteht, ist auf dem Ausweis selbst eng umgrenzt, von Anhaltspunkten sind nur „mittellose Jünglinge und Pfleger der unter Aufsicht des Staates stehenden Heilanstalten“ den übrigen Bevorzugten gleichgestellt. Sollten die Kadetten etwa sich hinzurechnen?

Ans will scheinen, daß sich die Eisenbahnverwaltung die Konsequenzen nicht recht klargemacht hat. Was den Kadetten recht ist, muß selbstverständlich den übrigen Jünglingen und Schülern aller Anstalten, muß auch allen Jugendlichen billig sein. Wir empfehlen also insbesondere der Arbeiterjugend, unter Bezugnahme auf die den Kadetten gewährte Vergünstigung die gleiche Fahrpreisermäßigung (halber Preis) für sich zu verlangen. Der D. O. B. wird seine Unterstützung sicher nicht verjagen oder wenigstens mitleiden, wie's gemacht werden muß.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenzeitung, liegt der heutigen Postauflage bei

Der Brand auf der Krampenburg bei Schmiedewitz am 9. Dezember hat ein zweites Todesopfer gefordert. Nachdem erst vor kurzem der Sechser Herr Robert Voigt seinen Verletzungen erlegen war, ist nun auch seine Ehefrau Anna Voigt gestorben. Beide Eheleute erkrankten sich bei den vielen Tausenden Berlinern, die die herrlich gelegene Krampenburg gern aufsuchen, großer Leidenschaft. Die Beerdigung findet am Freitag, 1 Uhr in Köpenick statt.

Der Botanische Garten in Dahlem ist Sonntag, den 2. Januar, von 11 bis 4 Uhr dem allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Lehnerhöhung für Gefangenenarbeit. Die Arbeitsbelohnung der Gefangenen ist jetzt ebenfalls erhöht worden, wie dies schon vor einiger Zeit bei den Kosten des Aufenthalts im Gefängnis geschehen ist. Im Einverständnis mit dem Finanzminister hat der Justizminister den Höchstbetrag der Arbeitsbelohnung, der gutgeschrieben werden kann, für den Arbeitstag bis zu einem Viertel des Verdienstes erhöht, für Zuchthausgefangene von 20 Pf. auf 1 M., für Gefängnisgefangene von 30 Pf. auf 1,50 M. Nur unter besonderen Umständen kann der Generalstaatsanwalt höhere Beträge bis zu einem Drittel des Verdienstes gutschreiben lassen. Insbesondere kann die Arbeitsbelohnung dann erhöht werden, wenn der genannte Höchstbetrag angesichts der Reichsarmut des Arbeitszweiges zu niedrig scheint.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 30. Dezember:

17. Art. Die heutige Sitzung der Elternbeiräte 131. aus.

Es ist höchste Zeit,

daß wir sorgen, daß alle Kollegen, Nachbarn usw., unserer Gefertigten und Leser, die ab Renzjahr den „Vorwärts“ halten wollen, den folgenden Zettel ausgefüllt der Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, überfenden.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 Mark für Januar.

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.

Name _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____
vorn — Dorf — Quergeb. — Seitenfl. — Zt. links — rechts.
bei _____

